

Presseinformation des Bündnis gegen Lager Berlin/Brandenburg 18. März 2011

Lokales / Flüchtlinge



Diskriminierende Gesetze gegen Flüchtlinge abschaffen!

ABOLISH – Isolationslager Hohenleipisch schließen!

Bundesweiter Aktionstag am 22. März 2011 / Demonstration in Herzberg (Landkreis Elbe-Elster), Auftakt 14 Uhr am Marktplatz

Am kommenden Dienstag startet die Kampagne ABOLISH! zur Abschaffung diskriminierender Sondergesetze gegen Flüchtlinge mit einem bundesweiten Aktionstag. Im Landkreis Elbe-Elster rufen die BewohnerInnen des Flüchtlingslagers Hohenleipisch gemeinsam mit dem Bündnis gegen Lager Berlin/Brandenburg zu einer Demonstration auf. Ihre Forderung: Sofortige Schließung des Isolationslagers.

Das Flüchtlingslager Hohenleipisch, das von der privaten Unternehmensgruppe K&S betrieben wird, liegt weit außerhalb des Dorfes. Die Busverbindung ist schlecht, zum nächsten Bahnhof müssen die BewohnerInnen sechs Kilometer zu Fuß entlang einer unbeleuchteten Hauptstraße laufen. In heruntergekommenen Baracken leben etwa 100 Menschen auf engem Raum zusammen. Zimmer, Duschräume und Küchen müssen die BewohnerInnen teilen, Privatsphäre gibt es nicht. Arbeit findet kaum jemand und nur wenige verfügen überhaupt über eine Arbeitserlaubnis. Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten die Menschen Leistungen weit unterhalb des Existenzminimums (37 Prozent weniger als Hartz-IV). Ein selbstbestimmtes Leben ist unter diesen Bedingungen nicht möglich.

Das wollen die BewohnerInnen nicht länger hinnehmen. Anlässlich des bundesweiten Aktionstags haben sie gemeinsam mit dem Bündnis gegen Lager - Berlin /Brandenburg eine Resolution verfasst. Darin heißt es: *„Das Heim Hohenleipisch legt uns ein Leben in der Isolation auf. Wir sind in heruntergekommenen Armeebarracken untergebracht, mitten im Wald, umgeben von Wildschweinen. Wir sagen Nein zur Isolation. Die einzige Lösung ist: Das Heim muss sofort geschlossen werden. Wir fordern: Wohnungen für alle Flüchtlinge, die das wollen. Sofortige Arbeitserlaubnisse für alle. Die Abschaffung der Residenzpflicht“*

Bei der Demonstration in Herzberg soll diese Resolution an den zuständigen Landrat übergeben werden. Anschließend wird der Demonstrationzug weiter zur Ausländerbehörde ziehen und dort eine Kundgebung abhalten.

Rund um den 22. März finden in weiteren 25 Orten in ganz Deutschland Protestaktionen statt. Sie alle richten sich gegen diskriminierende Sondergesetze wie das Asylbewerberleistungsgesetz, Arbeitsverbote, Sachleistungsprinzip und Residenzpflicht. Weitere Informationen zur Kampagne sowie eine Liste mit allen Aktionsorten finden Sie in der angehängten Presseinformation des deutschlandweiten Bündnisses.

Bei Interviewwünschen vermitteln wir Ihnen gerne den Kontakt zu BewohnerInnen des Flüchtlingslagers.

Pressekontakt: Bruno Watara, Tel: 0174-5899124

Bündnis gegen Lager Berlin/Brandenburg:

<http://bglbb.blogspot.de>

buendnis_gegen_lager@riseup.net